

Uttilo

Dorfbericht der GAL Utting...



Flächennutzungsplan für Utting ein erster Schritt zur Gestaltung der Dorfentwicklung

Die GAL Utting hat in den letzten Jahren immer wieder bemängelt, dass in Utting Impulse für die strategische Ausrichtung der Dorfentwicklung fehlen. Ein erster Schritt dazu ist jetzt gemacht: Am 7. März traf sich der gesamte Gemeinderat mit unserem Bürgermeister Josef Lutzenberger an einem Samstag in der bayerischen Verwaltungsschule in Holzhausen um sich mit dem „Flächennutzungsplan“ (FNP) für Utting zu beschäftigen.

In einem informativen Vortrag schilderte Dr. Kühnel Ziele und Rahmenbedingungen des FNP sowie Erfahrungen damit aus anderen Kommunen.

Der Flächennutzungsplan

- **...ist ein städtebauliches Entwicklungsprogramm der Gemeinde**
- **bildet Bestand ab und hat eine planerische, gestaltende und vorsorgende Funktion**
- **definiert Art der Flächennutzung: Wohnen, Landwirtschaft, Gewerbe, Soziales, Verkehr, Sport, Schulen**
- **legt verschärfte Aufmerksamkeit auf Umweltbelange**
- **Ermöglicht Teil-FNP z.B. für Geothermie, Kiesabbau, Mobilfunk auszuweisen**

Wir haben die Arbeit mit dem Vergnügen verbunden und sind alle gemeinsam im Anschluss vom Chef der Verwaltungsschule zu einer zünftigen Brotzeit eingeladen worden und haben den Abend gesellig beim Kegeln ausklingen lassen. Danke!

Und wie geht's weiter?

Zeitnah ist ein Workshop des gesamten Gemeinderates geplant, um die relevanten Themen der Dorfentwicklung zu diskutieren und die wichtigsten Eckpfeiler für den FNP zu definieren. Diese Ergebnisse werden der Öffentlichkeit anschließend vorgestellt und der FNP für Utting wird mit Bürgerbeteiligung erarbeitet. Dazu werden alle interessierten UttingerInnen eingeladen.

Der verabschiedete FNP dient dann dem Gemeinderat als Gerüst für den Start notwendiger Projekte und als Orientierung für anstehende Entscheidungen.

Ordentliches Verwaltungshandeln benötigt viel Zeit und kostet Energie. Sowohl unser neu gewählter Bürgermeister als auch wir im neu zusammengesetzten Gemeinderat haben inzwischen in den neuen Alltag gefunden. Wir wünschen uns nun, dass wichtige Weichenstellungen für Utting bald angepackt werden. Denn von der Planung bis hin zur Realisierung ist oft noch ein weiter Weg, wie wir gerade beim Thema Geothermie erleben.

(Renate Standfest)

Konjunkturpaket II - zahlt Utting drauf?



Einstimmig beschloss der Gemeinderat am 19.03.09, zwei Anträge zur Förderung nach dem „Konjunkturpaket II“ zu stellen: Utting beantragt danach – in dieser Reihenfolge – bei der energetischen Sanierung von Kindergarten und Schule unterstützt zu werden.

Keine Förderung für Gemeindewohnungen

Leider sehen die staatlichen Regeln keine Förderung für unsere Gemeindewohnungen, das Feuerwehrhaus oder ein neues Jugendhaus vor. Grundsätzlich wäre zwar eine Sanierung des Rathauses förderfähig, vor einer grundsätzlichen Entscheidung über die „Rathausfrage“ (Umbau, Anbau, Neubau – Standort?) ist ein Antrag dazu jedoch nicht sinnvoll.

Formalitäten lange unklar

Nach den Regierungsbeschlüssen zum „Konjunkturpaket II“ folgte in Bayern ein Hin und Her über die Art und Weise der Verteilung der Bundesmittel. Erst seit Anfang März ist klar: In ganz Bayern stehen 620 Millionen Euro für die energetische Sanierung der Schulen und 179 Millionen für die energetische Sanierung der Kindergärten zur Verfügung, zuständig für uns ist die Regierung von Oberbayern, maßgebend wird insbesondere die Finanzkraft der Gemeinde sein.

Utting kann sich keine großen Hoffnungen machen

Der Bayerische Gemeindetag hat ausgerechnet, dass nur ca. 400 Projekte im kommunalen Anteil des Konjunkturprogramms gefördert werden können. Viele der 2000 Gemeinden in Bayern haben schon Projekte vorgeschlagen, manche wie Utting mehrere, schon jetzt steht daher fest, dass nur ein kleiner Teil realisiert werden kann, die meisten gehen leer aus. Zudem stellen ja auch Landkreise und Bezirke für ihre Einrichtungen Anträge.

Einnahmeverluste stehen bevor

Trotz der höchst unsicheren Förderung unserer Sanierungsprojekte ist bereits klar: Die Senkung der Einkommensteuer im Konjunkturprogramm betrifft Utting unmittelbar. Sie addiert sich mit den auf Grund der Finanzkrise zu erwartenden Ausfällen und der gesenkten Uttinger Gewerbesteuer zu einem bedrohlichen Loch in den nächsten Gemeindehaushalten.

Kommentar „Es gibt viel zu tun - lassen wir's sein.“

Nach diesem Motto handeln CSU und FWG die es trotz der finanziellen Herausforderungen unserer Gemeinde bei der unverantwortlichen Senkung der kommunalen Gewerbesteuer um jährlich ca. 30.000 € belassen wollten. Dabei profitieren die Uttinger Betriebe kaum oder gar nicht davon, sie zahlen im Gegenzug mehr staatliche Steuern. Stattdessen würden notwendige Projekte in Utting wie die überfällige Sanierung der Gemeindewohnungen (Kosten: ca. 300.000 € jährlich) gefährdet. Glücklicherweise hatte eine knappe Mehrheit von 9 gegen 8 Stimmen am 23.04.09 ein Einsehen und verschaffte den angespannten Gemeindefinanzen mit einer moderat erhöhten Gewerbesteuer etwas Luft: Uttings Betriebe zahlen ab 2009 zusammen ca. 60.000 € mehr in die Gemeindekasse – und werden vom Staat im Gegenzug um etwa diesen Betrag entlastet. Wenn die CSU meint, mit niedrigen Gewerbesteuersätzen steuerzahlende Betriebe nach Utting locken zu können, löst sie im Endeffekt einen ruinösen Wettlauf mit anderen Gemeinden um den niedrigsten Steuersatz aus. (Peter Noll)

Ein hoher Preis für die Sicherheit auf dem See



Neues Rettungsboot für die Uttinger Wasserwacht

In der Gemeinderatsitzung am 19.03. wurde ein Zuschuss von € 10.000,- für das neue Boot der Wasserwacht beschlossen. Das ist gut und richtig so. Die Wasserwachten leisten einen großen Beitrag zur Sicherheit auf unserem See. Den Wassersportlern gibt das gerade bei mehr Wind ein gutes Gefühl, wenn man weiß: da passt Jemand auf, wenn ich „baden“ geh.

Dass die Uttinger „Bay-Watch“ ein neues und besseres Boot braucht, ist jedem klar der die alte „Lilo“ bei starkem Wind und entsprechenden Wellen im Einsatz gesehen hat. Das Boot ist nicht ideal, um bei richtig schwerem Wetter sichere Rettungseinsätze zu fahren. Kompliment an die Wasserwachtler, dass sie das in den vergangenen Jahren ohne größere Blessuren überstanden haben. Das neue Boot, ein 7,20m langer Alubau, mit Jetantrieb und 220PS stark ist sicher wesentlich besser dafür geeignet.

Die Schondorfer haben seit letztem Jahr ein vergleichbares Boot und das Herrschinger Rettungsboot ist gerade im Bau.

Allerdings stellt sich dem unbedarften Wassersportler schon die Frage, ob jede Wasserwacht rund um den See mit so großen und starken Booten ausgerüstet sein muss und ob es unbedingt ein teurer Einzelbau sein muss? Der Neupreis für das Uttinger Boot beträgt ca. 105.000 € ,das ist sehr viel Geld. Aber das ist noch nicht alles: Die Wasserwachthütte im Strandbad muss um ca. 1m verlängert werden, sonst kann das neue Boot nicht in die Hütte gefahren werden. Das bedeutet noch weitere Kosten für die Gemeinde.

Klar, wir geben auch sonst viel Geld für unsere Sicherheit aus und da sollten wir wirklich nicht sparen. Aber ein Zweifel bleibt, ob's nicht doch eine Nummer kleiner möglich gewesen wäre...

(Franz Wegele)

Impressum

Herausgeber und Redaktionsteam: Renate Standfest, GAL Utting

Layout: Renate Standfest, Hofstattstraße 39, Utting

Inhalt: namentlich gekennzeichnete Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder, Verantwortlich im Übrigen ist das Redaktionsteam

Idee: © GAL Utting

Infos: www.GAL-Utting.de

Bank: Konto 153 668, BLZ 700 520 60, Sparkasse LL-Dießen

Utting tritt weltweitem Klimabündnis nicht bei



CSU, FWG und LWG blockieren

In der Gemeinderatssitzung vom 19. März 2009 unterlag die GAL mit ihrem Antrag, dass Utting dem *Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder / Alianza del Clima e.V.* beitreten solle. GAL und SPD stimmten dafür. Die Abstimmung ergab 8:8 Stimmen, was NEIN bedeutet.

Zur Begründung ihres Antrages hatte die GAL aus dem „*Klimaprogramm Bayern 2020*“ der Bayerischen Staatsregierung zitiert: *„Die Prognosen zu den Auswirkungen des Klimawandels sind besorgniserregend und belegen dringenden Handlungsbedarf. So ist der Klimawandel bereits viel weiter fortgeschritten als dies bisher angenommen wurde. Um die mittlere globale Erwärmung auf 2°C bis 2,4°C zu begrenzen und nicht mehr beherrschbare Folgen zu vermeiden müssen die CO₂ Emissionen der Industrienationen bis zum Jahre 2050 um etwa 80% (!) niedriger liegen als im Jahr 2000.“* Schon über 1400 Städte und Gemeinden sind dem Klimabündnis beigetreten und haben sich selbst verpflichtet, den CO₂ Ausstoß alle fünf Jahre um 10 Prozent zu senken. Die Mitgliedsgemeinden verfolgen konsequent Klimaschutzziele, vermeiden u.A. den Einsatz von Tropenholz, tauschen untereinander Informationen aus und zeigen sich mit den indigenen Völkern des Regenwaldes solidarisch. In dem Antrag der GAL hieß es:

- Wir bekräftigen öffentlich unsere **Entschlossenheit zum Klimaschutz** und werden diesem bei zukünftigen Entscheidungen ein noch höheres Gewicht zumessen.
- Wir berücksichtigen bei Beschlüssen der Verwaltung und des Gemeinderates die Zielsetzung, den **CO₂-Ausstoß nachhaltig zu reduzieren**.
- Wir sind als **Gemeinde Vorbild** und **unterstützen das Engagement unserer Bürger** zum Klimaschutz (Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz sowie Förderung regenerativer Energien)
- Wir verfolgen eine **Verkehrspolitik**, die eine **Minderung des motorisierten Verkehrs** verfolgt und **klimaverträgliche Mobilität** fördert und belohnt (Mitfahrinitiativen, ÖPNV, ortsnahe Einkauf etc.).
- Wir **engagieren uns für den Klimaschutz** in den Bereichen Beschaffung, Entsorgung (Abfall und Entwässerung), in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Tourismus.
- Wir werden (noch) bewusster mit **natürlichen Ressourcen** umgehen, insbesondere weder bei öffentlichen noch bei geförderten Projekten tropische Hölzer einsetzen.
- Wir tauschen mit anderen Mitgliedsgemeinden und dem Verein nützliche **Informationen** aus und bestärken uns gegenseitig.

Nähere Informationen unter: www.klimabuendnis.org



Klimaschutz? Alle dafür! Eigentlich.

Aber dann stimmen CSU, FWG und LWG dagegen. Warum?

Bei der CSU keine große Überraschung: Nur nicht zu viel wagen! Karl Sauter (CSU) war bereits die – rechtlich unverbindliche aber politisch wirksame – Selbstverpflichtung auf ein bestimmtes CO²-Ziel zu viel. Man solle erst abwarten, was in Utting realistisch zu erreichen sei. Aber sollte man sich nicht hochgesteckte Ziele setzen, um wenigstens die möglichen zu erreichen?

Und die FWG, die doch nicht müde wird, ihre Ungeduld öffentlich zu zelebrieren? Martina Grunow monierte zunächst, dass die Vereinssatzung dem Antrag nicht beigefügt war, dabei war darin die o.g. Internet-Adresse angegeben, unter der sich jede(r) interessierte Gemeinderat/rätin informieren konnte. „Dagegen - weil noch mehr dafür“ – so lässt sich die weitere Begründung der FWG zusammenfassen. Sie forderte konkrete Maßnahmen, z.B. einen Energienutzungsplan (der bereits vom Gemeinderat positiv diskutiert wurde und ein Referent dazu eingeladen wird) und – ja was überhaupt? MEHR auf jeden Fall. Ja dann beantragt es halt! Was ist das für ein Grund, gegen das Klimabündnis zu stimmen, in dem doch eben solche Maßnahmen untereinander ausgetauscht und angeregt werden?!

Insgesamt bleibt mir die Ablehnung unverständlich.

Oder wollen CSU und FWG als die Initiatoren der Uttinger Gewerbesteuersenkung 2008 das rausgeschmissene Geld (ca. 30.000 €) wieder reinsparen?!
(Das Klimabündnis kostet 180,- € jährlich)

Uttings Beitritt (neben Windach, Herrsching, Starnberg und vielen anderen) zum Klimabündnis hätte das Weltklima nicht gerettet, aber er wäre ein politisches Signal dafür gewesen, was uns im Interesse unserer Kinder und Enkel wichtig ist. Utting nicht nur Luftkurort sondern auch Klimadorf – das wäre schön gewesen. Schade.

(Peter Noll)

Ihre Unterstützung ist wichtig

Die GAL Utting ist eine unabhängige Wählergemeinschaft, wir sind auf die kommunalen Themen fokussiert. Mit einer Fördermitgliedschaft leisten Sie einen wichtigen Beitrag zu unserer Arbeit! Ein monatlicher Betrag von 4 € hilft der GAL Utting und stellt auch das regelmäßige Erscheinen von unserem „Uttilo“ sicher. Die Beiträge sind genauso wie jede willkommene Einzelspende steuerlich absetzbar.

Gerne können Sie sich auch in unseren Email-Verteiler aufnehmen lassen oder auf unserer Internetseite **www.GAL-Utting.de** Hintergrundinformationen abrufen.

Die Gemeindewohnungen sanieren oder besser neu bauen?



Die Gemeinde Utting besitzt in der Kellersgartenstraße, der Schönbachstraße und der Dyckerhoffstraße insgesamt über 50 Wohnungen, die erheblichen Sanierungsbedarf zeigen. Das Alter der Häuser liegt bei etwa 50 Jahren, in denen nur wenig renoviert wurde. Tobias Gratzl hat dem Gemeinderat von einigen Monaten eine Umfrage der SPD vorgestellt: die Bewohner wohnen grundsätzlich gerne in den Wohnungen, klagen aber über marode Bausubstanz, zum Beispiel zugige Fenster oder auch Ölgeruch im Treppenhaus.

Um die richtigen Maßnahmen in der richtigen Reihenfolge zu starten, ist dem Gemeinderat eine fundierte Analyse der Lage wichtig, deshalb wurde die Architektin und Energieberaterin Gudrun Krestel beauftragt, je Standort ein Haus exemplarisch zu untersuchen. Am 19. März wurde das Ergebnis dem Gemeinderat vorgestellt.

- Die Kosten für die grundlegenden Sanierungsarbeiten (Dämmung/Fenster/Heizung/Bäder) belaufen sich auf ca. 50% der Neubaukosten. Damit können 60-70% der Heizkosten eingespart werden.
- Weitere Maßnahmen sind durchaus ratsam (Türen/Elektroinstallation/Schallschutz/Grundrissänderung/Barrierefreiheit/...), aber dann gehen die Kosten deutlich Richtung Neubau.
- Die Sanierungsarbeiten sind auch ohne Auszug der Mieter möglich.
- Die Grundstücksflächen in der Schönbachstraße und Kellersgartenstraße sind groß genug für den Neubau eines Hauses ohne Abriss der bestehenden Gebäude, so dass die Mieter am Standort wechseln könnten.

Die notwendigen Daten liegen damit vor, doch die Entscheidung zum weiteren Vorgehen wird nicht leicht zu treffen sein, da auch kommunalpolitische Fragen einen starken Einfluss haben:

- Wie viel Budget wird in den nächsten Jahren/Jahrzehnten für die Gemeindewohnungen ausgegeben? Dies ist die Basis für alle weiteren Diskussionen.
- Welche Miete will die Gemeinde zukünftig verlangen? Nur die reduzierten Heizkosten auf die Miete aufrechnen oder auch einen Zuschlag für erhöhte Wohnqualität?
- Sanierte Wohnungen zu günstigen Mieten ziehen sicherlich auch Mieter an, die nicht auf Gemeindewohnungen angewiesen sind. Wie will die Gemeinde damit umgehen?
- Wie wird sich der Bedarf entwickeln? Passen die derzeitigen Wohnungen noch zu den Mietern der nächsten 30 Jahre? Oder ist z.B. ein Bedarf an barrierefreien Wohnungen zu erwarten?
- Wie realistisch ist ein baldiger Anschluss der Gemeindewohnungen an ein Fernwärmenetz der Geothermie? Dies hat erheblichen Einfluss auf eine mögliche Heizungserneuerung...

Ein weiterer wichtiger Punkt: Nachträglich abgedichtete Wohnungen neigen zu Schimmelbildung, dies kann in der Regel nur durch konsequentes richtiges Lüften vermieden werden, was meist eine Änderung des Benutzerverhaltens bedingt.

Außerdem ist ein Blick in die ferne Zukunft notwendig: Wenn jetzt alle Wohnungen saniert werden, dann sind in 30 Jahren möglicherweise auf einen Schlag alle 50 Wohnungen nicht mehr zu retten. Die Bausubstanz (Dächer/Mauern/Rohre/...) wäre dann 80 Jahre alt.

Ein gutes Vorgehen könnte sein: Ein Teil der Wohnungen wird saniert und ein Teil neu gebaut. Ich bin gespannt, wie sich der Gemeinderat entscheidet! (Siegfried Klein)



Landsberg bekennt Farbe

Am 29.11.2008 fand in Landsberg eine genehmigte Kundgebung der NPD statt. Das Landratsamt Landsberg hatte im Vorfeld ein Verbot dieser Versammlung ausgesprochen, der Bayr. Verwaltungsgerichtshof hielt aber dieses ausgesprochene Verbot nicht mit den rechtlichen Anforderungen des Bayr. Versammlungsgesetzes vereinbar.

Somit konnte die NPD-Veranstaltung eingeschränkt durchgeführt werden. In Landsberg bildete sich ein Bündnis gegen Rechts, initiiert vom Kreisjugendring und Bündnis90/Die Grünen, die eine Gegendemonstration planten und erfolgreich durchführten. Zeitgleich organisierte die Stadt Landsberg weitere Aktionen gegen Rechtsextremismus in der Innenstadt. An der Gegendemonstration beteiligten sich fast 2.000 Menschen, worunter zahlreiche Uttinger Gesichter zu erkennen waren. Auch die GAL-Fraktion des Uttinger Gemeinderates und zahlreiche „GALLier“ waren bei der friedfertig verlaufenden Gegen-Demonstration dabei. Die NPD hat fünf weitere Veranstaltungen in Landsberg angekündigt, die nächste wird am **Samstag, den 30. Mai** stattfinden. Das „Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Landsberg am Lech“ organisiert wieder eine Gegendemonstration. Wir hoffen, dass auch bei diesem Termin eine bunte Menge der braunen Minderheit friedlich die Stirn bietet.

Nähere Infos unter www.buergerbuendnis-landsberg.de



Sabine Kaiser, Detlef Dähl
Standfest,
Patrick Schneider, Franz

zu guter Letzt...



...ein paar Termine



Die GAL lädt wieder zum **Sonnwendfeuer beim Sonnendachl** ein:
Am Samstag, den 20. Juni ab 19.00 Uhr. Bitte Würstl und Fleisch zum Grillen sowie Teller/Besteck mitbringen. Für Getränke sorgen wir!

Unser **rauchfreier GAL-Stammtisch** findet im Schneiderwirt statt.
Wir treffen uns jeden ersten Dienstag im Monat um 20.00 Uhr und freuen uns auf angeregte Diskussionen mit vielen Uttingerinnen und Uttingern.

Die nächsten **Sitzungen des Gemeinderates** sind 14. und 28. Mai und 18. Juni.

GANS DANEBEN

Am 2. April stand auf der Tagesordnung des Gemeinderates ein Antrag eines Uttinger Bürgers, sich mit dem Problem „Graugans“ zu beschäftigen. Dieses Thema wurde gerne aufgenommen und diskutiert, da jeder weiß, dass der Sommer naht und wir in unserer guten Stube „Summerpark“ wieder vor dem Problem einer vollkommen zugekoteten Liegewiese und eines ebenso verschmutzten Seeweges stehen werden. Christian Niederbichler, der Ramsar - Beauftragte des Ammersees, schlug der Gemeindeverwaltung als Gegenmaßnahme vor Rundhölzer am Ufer zu montieren. Da die Graugänse während ihrer Mauser flugunfähig sind, können sie die Rundhölzer, die die Dicke von Telefonmasten haben, nicht überqueren um auf die Summerwiese zu gelangen. Der Gemeinderat sprach sich für diesen befristeten Versuch aus. Trotz des Risikos, dass sich das Problem der Graugans dadurch nur nach dem Florians-Prinzip von einer Wiese zur nächsten Wiese verlagert.

Das eigentliche Problem mit den Graugänsen verursacht aber der Mensch mit teilweise missverstandener Tierliebe. Durch das Füttern werden die Gänse zahm und auf die Wiese gelockt. Gänse sind Wildtiere und halten normalerweise Distanz zu den Menschen. Wer sie füttert, macht Wildtiere zu Haustieren. Wenn sich die Gänse nur im Wasser ernähren, tragen sie zum ökologischen Gleichgewicht des Wasser bei: sie fressen die verrottende Biomasse, die dem Wasser Sauerstoff entzieht.

Zum Brüten ziehen sich die Gänse in den Schilfbereich zurück und fressen dort die Halme. Jeder kann sich vorstellen, dass eine Überpopulation an Gänsen wesentlich mehr Schilf vertilgt, als eine normale Gänsebevölkerung. Das Schilf hat eine wichtige reinigende Aufgabe und ist wichtig für die Wasserqualität unseres Ammersee, deshalb eine Bitte:

Die Gänse nicht füttern !!!

(Sabine Kaiser)

Nach Redaktionsschluss wurde bekannt...



Auch in Utting stehen schwierige Zeiten an

Der Haushalt der Gemeinde Uttinger ist geplant mit 7 Mio. € im Verwaltungshaushalt und 4,2 Mio. € im Vermögenshaushalt, er soll am 14. Mai beschlossen werden. Dafür müssen 2,2 Mio. € aus den Rücklagen entnommen und 343.000 € vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt überführt werden. Zudem ist eine Kreditaufnahme von 800.000 € vorgesehen. Dieser Haushalt ist den Zahlen nach kein Aushängeschild. Aber viel wichtiger ist, dass endlich ein **Investitionsprogramm mit lange überfälligen Maßnahmen** (Kindergärten, -krippe, Straßenausbau, Brückensanierung, Sanierung der Gemeindewohnungen ...) verabschiedet wird. Die letzten Jahre wurde zu wenig investiert und so auch wenig Geld ausgegeben. **Der aktuelle Haushalt ist ein Signal für die Zukunft: Utting hat den Mut zu investieren, auch in schwierigen Zeiten!**

Utting erhält keine Mittel aus dem „Konjunkturpaket“

Wie in diesem Uttilo zu lesen (Seite 2), hat Utting sich um die Förderung von zwei Energiesparmaßnahmen beworben. Nun mussten wir aktuell erfahren, dass Utting leer ausgeht während unsere Nachbargemeinden sich über Fördermittel freuen können.

So sehr wir Schondorf die Sanierung von Rathaus nebst Bücherei und Dießen (u.A.) die der Seeanlagen von Herzen gönnen, so sehr befremdet doch das undurchsichtige Verfahren, das zu diesem Ergebnis führte:

Die für uns zuständige Regierung von Oberbayern teilte nur allgemein mit, man habe die (6-fach überzeichneten) Mittel nach Einwohnerzahl und Finanzkraft verteilt und die Bewerbungen nach den Kriterien „Zweckerreichung, Nachhaltigkeit und schnelle Realisierbarkeit“ geprüft. Bei gleich bewerteten Projekten hätten kleinere und finanzschwächere Gemeinden den Vorzug erhalten.

Das kann man glauben – oder auch nicht. Die Ergebnisse (z.B. Förderung für Pöcking: 1,28 Mio. – trotz Rücklagen von über 15 Mio.) sind jedenfalls im einzelnen nicht begründet und daher von außen nicht nachvollziehbar.

Warum wurden in Bayern nicht, wie in anderen Bundesländern, die Mittel den Gemeinden pauschal zugewiesen? Stattdessen wurde von einer staatlichen Behörde hinter verschlossenen Türen nach Gutsherrenart die Gnade erteilt – oder entzogen. Bei derart intransparenten Entscheidungsprozessen ist die Gefahr der politischen Voreingenommenheit zumindest nicht von der Hand zu weisen.

Dazu kommt noch ein besonderes „G’schmäcke“:

Die frohe Botschaft wer was kriegt wurde zuerst (!) vom CSU-Abgeordneten und Generalsekretär Dobrinth dann in der Zeitung gemeldet und zuletzt, Tage später, auf der Internetseite der Regierung von Oberbayern verbreitet. Der Gemeinde wurde keine Ablehnung und schon gar keine Begründung mitgeteilt. (Detlef Däke)

Unsachliche Kampagne der FWG



Die FWG Utting hat noch am Tag der Veröffentlichung der Entscheidung bzgl. „Konjunkturpaket“ eine Pressemitteilung mit Unterstellungen in den Medien verbreitet: ***Demnach sei Utting aufgrund der Halbherzigkeit unseres Bürgermeisters und des fehlenden politischen Willens der Gemeinde bei der Förderung leer ausgegangen.***

Dazu ist festzuhalten:

Der von der FWG im Gemeinderat im Februar gestellte Antrag war eindeutig ein **Schaufensterantrag**: Utting sollte nach dem Willen der FWG für sieben Projekte Förderanträge stellen. Für etliche dieser Projekte (wie z.B. Jugendhaus) lagen im Februar (und liegen zum Teil heute) keine Entscheidungen im Gemeinderat vor. Fraktionsübergreifend sind diese Projekte in der laufenden Diskussion bereits als notwendig für Utting bewertet worden. Der Abwägungsprozess und das Ringen nach der besten Lösung brauchen eine angemessene Zeit. **Überstürzte Entscheidungen sind eine denkbar schlechte Basis für eine konsequente, nachhaltige Kommunalpolitik.**

Wäre es nach der FWG gegangen, hätte Utting also Fördermittel für Projekte beantragen sollen, die es noch gar nicht gibt. Darüber hinaus waren zum Zeitpunkt der Antragstellung die Förderkriterien noch gar nicht bekannt (die Erneuerung unserer Gemeindeformen fiel z.B. raus). Die kurzfristige Realisierbarkeit als Förderkriterium war aber bereits damals absehbar. Auch der Adressat für die Beantragung war noch nicht benannt. Der FWG-Antrag sah vor, dass unser Bürgermeister den Förderantrag an das (unzuständige) Innenministerium stellen solle. **Wären wir wegen solcher Formfehler gescheitert – DAS wäre ein Geschrei geworden!**

Die zwei von Utting gestellten Förderanträge wurden im Gemeinderat einstimmig (also mit den Stimmen der FWG) beschlossen. Darüber hinausgehende Förderanträge wurden von niemandem – auch nicht von der FWG – beantragt. Es sind nach wie vor keine weiteren gemeindlichen Projekte bekannt, die im Rahmen der vorliegenden Kriterien sinnvoll hätten gefördert werden können.

Die nun zu ihrem Glück bedachten Gemeinden haben sich mit ihren Anträgen an das von der Regierung vorgeschriebene Verfahren gehalten – genau wie Utting. Worin also sollte der von der FWG vermisste „politische Wille“ darüber hinaus liegen?

Auch im Gemeinderat lässt es die FWG zuweilen an konstruktiver Mitarbeit fehlen: So wurde von Frau Herzog (FWG) die pauschale Kürzung des Haushalts um 5 % in die Diskussion gebracht. Auf den Einwand, dass darin z.B. auch die Gehälter der Gemeindeformen enthalten sind, weigerte sich Frau Herzog, ihrerseits konkrete Vorschläge zu machen, wo und wie die 5 % eingespart werden könnten. Dies sollte der Kämmerer machen. Ein konkreter Antrag dazu wurde in der Sitzung nicht gestellt.

Sieht so „politischer Wille“ und Bereitschaft zur gemeinsamen Gestaltung aus?
(Detlef Däke)